

IfZ, MA 441/4, Bilder 2 753 780-2 753 810.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
Amt III

BERLIN SW 11, DEN 8. MAI 1941

Prinz-Albrecht-Straße 8
Für Rückfragen 120038244

MELDUNGEN AUS DEM REICH

I. Allgemeines

Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hat die Reichstagsrede des Führers in allen Bevölkerungskreisen tiefen Eindruck hinterlassen. Mit Stolz und Anteilnahme verfolgte die Bevölkerung die Darlegungen des Führers über den strategischen Ablauf des Balkanfeldzuges. Dabei wird in den Gesprächen immer wieder mit besonderer Bewunderung herausgestellt, dass zahlreiche Verbände der deutschen Wehrmacht gar nicht mehr zum Einsatz gekommen sind und schliesslich nur drei Divisionen und die Leibstandarte am Entscheidungskampf gegen die Engländer beteiligt waren. In diesem Zusammenhang wurde die Bekanntgabe der wider Erwarten geringen Verlustziffern allgemein stark beachtet und mit Befriedigung aufgenommen, zumal vorher durch zahlreiche Gerüchte über angeblich sehr hohe Verluste unserer Truppen auf dem Balkan eine gewisse Beunruhigung entstanden war. Wie weiter in den Meldungen zum Ausdruck kommt, wird der Grosszügigkeit des Führers gegenüber den griechischen Soldaten überall Verständnis entgegengebracht.

Die Worte des Führers, dass der deutsche Soldat in diesem und im nächsten Jahr noch bessere Waffen bekommen werde, haben in der Bevölkerung die in letzter Zeit allmählich wieder auftretenden Befürchtungen, dass der Krieg auch im Jahre 1941 nicht zu Ende gehen werde, neuerdings bestärkt. Als weiterer Beweis für derartige Annahmen wird hinzugezogen, dass der Führer vom Jahre 1941 lediglich als „dem grössten Jahr unserer Erhebung“ gesprochen und erklärt hat, „dass weder Waffengewalt noch Zeit uns je zu beugen vermögen“. Die Meldungen über die Aufnahme dieses Teils der Führerrede zeigen erneut, wie sehr gerade die Frage des Kriegsendes immer wieder im Mittelpunkt der Erörterungen steht.

Der Aufruf des Führers zum allgemeinen Kriegsdienst der Mädchen und Frauen wurde vor allem in Arbeiter- und Angestelltenkreisen lebhaft begrüsst.

Man erwartet mit Spannung, ob die angekündigten Massnahmen, insbesondere auch eine Entlastung derjenigen Bevölkerungskreise bringen werden, aus denen sich bisher der Fraueneinsatz im wesentlichen zusammensetzte.

Wie übereinstimmend berichtet wird, werden nach der Führerrede die Erörterungen über den Fortgang des Krieges in allen Bevölkerungskreisen fortgesetzt. Mit Genugtuung verfolgen die Volksgenossen die erneut mit grösserer Heftigkeit einsetzenden Luftangriffe auf die Insel und hoffen, dass dieser Zermürbungstaktik nun doch der Generalangriff folgen werde.

Das Ausbleiben grösserer Erfolgsmeldungen unserer U-Bootwaffe wird anhaltend mit Sorge verfolgt. Gerüchteweise verlautet seit einiger Zeit, dass auch Kapitänleutnant Prien der angeblich neuen Angriffsweise der Engländer zum Opfer gefallen sei. Bei der Übersichtsmeldung über die englischen Tonnagenverluste im April wird vielfach darauf hingewiesen, dass der Hauptanteil an den Versenkungen auf die Luftwaffe entfalle.

Bei den Kämpfen in Nordafrika beschäftigt die Bevölkerung gegenwärtig besonders, dass sich die eingeschlossenen Engländer in Tobruk so lange halten können. Das Eindringen deutscher Truppen in die Aussenwerke diese Festung wurde mit Freude aufgenommen.

Mit gleichen Interesse sieht die Bevölkerung dem weiteren Verlauf der Ereignisse im Irak entgegen. Aufgrund der letzten Erfolgsmeldungen von Bombenflugzeugen hat sich allgemein die Ansicht durchgesetzt, dass die deutsche Luftwaffe zu Hilfe geeilt sei, zumal früher schon Zeitungsmeldungen einen Ausspruch des Ministerpräsidenten Kailani wiedergeben hatten, in dem es hiess: „Da wir keine Flugzeuge haben, muss uns jede Waffe willkommen sein, die den Feind trifft.“

Einzelmeldungen:

Abwurf feindlicher Flugblätter:

In der Zeit vom 25.4. bis 6.5. ist in den Gebieten Schleswig-Holstein, Hamburg, Frankfurt/Main und Augsburg ein neues Flugblatt

„Nicht Euer Kind“

mit der Kennnummer 498 abgeworfen worden.

Das Flugblatt hat folgenden Inhalt: (Bild zeigt ein schwerverletztes totes Kind).

Nicht Euer Kind ist das, sondern irgendeines der zahllosen Kinder, die von deutschen Fliegerbomben ereilt wurden: in Warschau, in Rotterdam, in Belgrad... Wieviel Leid und Elend, wie viele ausgebrannte Häuser, zerstörte Kirchen, verwüstete Städte und Dörfer klagen heute überall in Europa den Mann an, der diesen Krieg 20 Jahre lang gepredigt, 7 Jahre lang vorbereitet und am 1. September 1939 vom Zaun gebrochen hat! Und alles das geschah im Namen des deutschen Reiches – in Eurem Namen, unter der Hakenkreuzfahne – Eurer Fahne, durch deutsche Armeen – Eure Väter, Söhne, Brüder,,
Wollt Ihr dafür büssen?

„Belgrad brennt immer noch!“

so berichtete der Deutschlandsender am 9. April 1941. Am selben Tage erklärte die jugoslawische Regierung: „Wir geben allen Kulturnationen Kunde von den unerhörten Verbrechen, welche die deutsche Wehrmacht in dem uns aufgezwungene Kriege begangen hat.

„Belgrad, die Hauptstadt unseres Landes, die rechtzeitig zur offenen und unverteidigten Stadt erklärt worden war, wurde von deutschen Flugzeugen – ohne Kriegserklärung – mit Bomben belegt.

„Als am Sonntag Morgen der Klang der Glocken die Gläubigen zum Gottesdienst in die Kirche rief, unternahmen deutsche Flugzeuge ein Bombardement, dessen Schrecken alle Vorstellungskraft übersteigt. Eine wahre Sintflut von Brand- und Explosivbomben verwandelte die Stadt in einen Trümmerhaufen und in Bandstätten, und in den Strassen Belgrads häuften sich die Leichen von Kindern, Frauen und Greisen.

„Niemals in der langen Märtyrergeschichte dieser Stadt sind solche Greuelthaten je begangen worden – nicht einmal von den barbarischen Angreifern vergangener Zeiten. Und diese Verwüstung einer offenen und unverteidigten Stadt wurde von der Luftwaffe jener Nation verschuldet, die für sich den ersten Platz unter den Kulturvölkern beansprucht!

„Grauenhafte Szenen spielten sich ab, als die deutschen Flugzeuge mit Maschinengewehren auf Frauen und Kinder schossen, die aus den brennenden Häusern flohen. Die Wohnhäuser wurden von deutschen Bomben in Massengräber verwandelt.“

Warschau, Rotterdam – und nun auch Belgrad! Diese drei Städte bezeugen, was die Welt Deutschland verdankt: Die Erfindung des totalen Krieges!

Totaler Krieg gegen Schwächere tut Euch ja nicht weh, aber Wir schlagen zurück!

Russlandgerüchte und ihre Auswirkungen.

Seit den letzten drei Monaten ist, nach den hier vorliegenden Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet, ein stetes Anwachsen der in der Bevölkerung umlaufenden Russlandgerüchte zu beobachten. Nur mit ganz kurzen Unterbrechungen trat bei grossen militärischen oder politischen Ereignissen eine Ruhepause in dieser Gerüchtebildung ein.

Im wesentlichen Beschäftigen sich die Gerüchte mit einer angeblich bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland, die in allen Bevölkerungskreisen für absolut möglich, ja sogar für wahrscheinlich gehalten wird. Als Anhaltspunkte für derartige Vermutungen führt die Bevölkerung den Bau des Ostwalles und die deutschen Truppenzusammenziehungen entlang der ganzen deutsch-russischen Grenze an. Anfänglich sahen die Volksgenossen diesen Verlautbarungen mit einer gewissen Sorge entgegen. Seit dem Abschluss des Balkanfeldzuges sind die meisten überzeugt, dass auch Russland ohne weiteres zu schlagen ist. Dabei wird aber trotzdem vielfach der Wunsch ausgesprochen, dass vielleicht noch eine friedliche Lösung gefunden werde. Manche Volksgenossen äussern Bedenken, dass bei der Weite des russischen Raumes Deutschland vorläufig nicht genug Menschen habe, um auf die Dauer dieses Land halten zu können.

Durch die oft bis ins einzelnen gehenden Gerüchte unter Nennung von Zahlen, dass so und so viele Divisionen an der Grenze stehen und aufgrund angeblicher Augenzeugenberichten (Soldaten, Verwandte, Reisende), dass der Bau des Ostwalls mächtig vorwärtsschreite und die deutschen Truppen jedes nur freie Quartier belegt hätten, sind auch die den Gerüchten sonst weniger zugänglichen Menschen nahezu zu der gleichen Meinung gekommen. Wie im einzelnen die Gerüchte lauten und wie gross das ungefähre Verbreitungsgebiet ist, wird im folgende wiedergegeben: Nach berichten aus Köln, Aachen, Berlin, Bayreuth, Bremen, Breslau, Hamburg, Neustadt/Weinstr., Stuttgart, München, Bielefeld, Settin, Troppau, Kattowitz, Augsburg u.a. findet den meisten Glauben das Gerücht, das auch als Grundlage für die allgemeine erwartete Auseinandersetzung mit Russland gewertet wird, dass Russland mit der Ausdehnungspolitik Deutschlands nicht einverstanden sei, vor allem aber, dass es nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden wäre bei dem Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien. Die Bestätigung für die Richtigkeit dieser Annahme glaubte die Bevölkerung in der kleine Pressenotiz zu finden, wonach Russland kurz vor dem Einmarsch deutscher Truppen mit Jugoslawien einen Nichtangriffspakt abgeschlossen habe, der als weitere Gegenmassnahme Russlands gewertet wurde. Gerüchtweise verlautet, dass Russland Anspruch auf Warschau und die nordischen Länder Finnland und Schweden erhoben habe. Vereinzelt wird hierbei auch geäussert, dass Russland zu Beginn des Krieges von der Voraussetzung ausging, dass die kriegsführenden Mächte verbluten würden und es dann für Russland immer noch Zeit gewesen wäre, seine Macht zur vollen Entfaltung zu bringen. Nun sei Deutschland stärker denn je, Russland sehe sich in seinen Flanken bedroht und müsse nun daraus die Folgerungen ziehen. (Dresden, Thorn, Würzburg, München.)

Im Zusammenhang damit, dass es nicht Russlands Absicht sein könne, die Machtposition Deutschland weiterhin durch Lieferung wichtiger Rohprodukte zu stärken, fand das Gerücht, wonach Russland seine Ausfuhr nach Deutschland eingestellt habe, in allen Gebieten starke Verbreitung. (Leipzig, Darmstadt, Düsseldorf, Dessau, Kattowitz, Aachen, Halle, Hamburg, Braunschweig, Berlin u.a.)

In allen Gebieten des Reiches wird übereinstimmend die Meinung vertreten, dass der Bau des Ostwalls die Betätigung dafür sei, dass auch die deutsche Führung jeder Zeit mit Angriffen von russischer Seite aus rechne, besonders da die vielen Gerüchte besagen, dass die Fertigstellung des Bauvorhabens mit alle Mitteln beschleunigt werde. In einigen Gebieten werden auch Zahlen von 400 000 und 500 000 Arbeitern genannt, die zu dem Bau des Ostwalles herangezogen worden wären. (Kiel, Hamburg.) In kürzester Zeit war auch überall das Gerücht verbreitet, dass der Ostwall auf Kriegsstärke besetzt sei. In Leipzig wurde in Bevölkerungskreisen die Besetzung mit 2.000.000 Soldaten angegeben und in Halle mit 52 Divisionen. In Bayreuth hiess es im März, dass in Ostpreussen schwere Panzerdivisionen stünden und in den Masuren Feldflugplätze mit schweren Luftstreitkräften belegt seien. Ähnliche Gerüchte liegen aus allen Teilen des Reiches vor.

Erwähnenswert ist noch das Gerücht aus Allenstein, das von Wehrmachtsangehörigen erzählt worden sein soll, nach dem bereits Karten von Russland an die Wehrmachtsteile verteilt worden wären. Dieses gleiche Gerücht tauchte wenige Tage danach schon in Saarbrücken auf. In Kattowitz wirkte es für die Bevölkerung wie ein Bekräftigung ihrer Vermutungen, wenn auf den Eisenbahnwagen der Truppentransportzüge verschiedene Aufschriften zu lesen

waren, wie beispielsweise: „Wir fahren nach dem Osten, soll der Russe auch was kosten!“

In Köln, Kiel, Kattowitz, Hamburg, Potsdam, Bayreuth und München wurde in gleichem Sinne das Gerücht aufgenommen, dass im Generalgouvernement alle ansässigen deutschen Frauen dieses Gebiet bis zum ersten April zu verlassen hätten. Viele Gerüchte finden auch ihre sehr schnelle Verbreitung über die Umsiedler, die erzählt hätten, dass in den russischen Betrieben auf die Notwendigkeit eines Krieges gegen den Feind der Sowjetrepublik, gemeint sei damit Deutschland, hingearbeitet werden würde. (Schwerin).

In Posen, Linz, Aachen, Schwerin, Augsburg, Wien, Tilsit und Hamburg ist das Gerücht verbreitet, dass deutsche Truppen zum Schutz gegen Russland in Finnland eingesetzt seien. Des weiteren wird erzählt, dass Russland an Schweden die Forderung gestellt habe, Deutschland den Truppeneinzug zu verbieten. (Königsberg, Kiel).

In allen nur möglichen Redewendungen sind in allen Teilen des Reiches Gerüchte vorherrschend, dass zwischen Molotow und Stalin Unstimmigkeiten herrschen. Molotow habe sich an die Spitze von ihm treu ergebenen Umstürzern gestellt und auch Deutschland um Hilfe gerufen. Molotow und Stalin gelten für viele gerüchteweise als ermordet. In Bayreuth, Prag, Posen, Potsdam, Schwerin und Köln spricht die Bevölkerung von Grenzzwischenfällen, in deren Verlauf auch Soldaten verwundet und viele auch tödlich getroffen worden wären.

Durch die kürzlich angeordneten Luftschutzmassnahmen in den Ostgebieten und Ostpreussen will die Bevölkerung jetzt völlig davon überzeugt sein, dass der Krieg mit Russland bald erfolge.

Als weiteres wesentliches Moment, dass Unstimmigkeiten zwischen Russland und Deutschland vorliegen müssen, wird von der Bevölkerung übereinstimmend die Tatsache gewertet, dass die Presse sich schon seit Monaten jeder Äusserung über Russland enthält, sogar auch die Wiedergabe russischer Pressekommentare vermeidet. Es gäbe kaum einen Staat, den die deutsche Presse nicht in irgend einer Form zitiere, nur Russland würde gänzlich übergangen (Bremen, Münster).

Ein Beweis, dass die Bevölkerung das Russlandproblem sehr ernst nimmt, ergibt sich aus den vielen Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet, nach denen die Volksgenossen anlässlich der letzten Reichstagsrede erwartet hatten, dass der Führer zur allgemeinen Klärung das Verhältnis Russland-Deutschland unbedingt streifen würde. Erreicht wurde aber durch den glänzenden Abschlussbericht über den Balkanfeldzug, dass die vorher noch teilweise vorhandene Angst einer bereits vielfach vorherrschenden mutigen Zuversicht gewichen ist.

II. Kulturelle Gebiete.

Zur Aufnahme der Wochenschau vom 26.4. bis 4.5.1941

Auch die Wochenschau vom 26.4. bis 4.5.1941 hat nach den hier vorliegenden Berichten eine begeisterte Aufnahme gefunden wie die beiden vorhergehenden. Die

letzten Wochenschauen haben den einhellig grössten Beifall sämtlicher Bevölkerungskreise gefunden. Einmütig wird anerkannt, dass auch die letzte Wochenschau nicht nur eine Aneinanderreihung einzelner Bildberichte, sondern ein zusammenhängende dokumentarische Kriegsschau geboten habe, in der möglichst alle wichtigen Episoden der einzelnen Feldzüge und aus dem Leben der Soldaten festgehalten worden seien. Deshalb gelten der Beifall und das ausserordentliche Interesse auch der gesamten Bildfolge, und jeder Bildstreifen wurde mit gleichbleibender Aufmerksamkeit verfolgt. Die Gliederung der Wochenschau in die Abschnitte Afrika und Balkan habe eine grössere Übersichtlichkeit geschaffen. Lebhaft begrüsst wurde die Kartenskizze vom Kriegsschauplatz auf dem Balkan, während man eine ähnliche Skizze vom afrikanischen Kriegsschauplatz vermisse. Mit besonderem Beifall wurde vermerkt, dass die Bildberichte aus den einzelnen Frontabschnitten länger und ausführlicher geworden seien, so dass man Gelegenheit habe, die einzelnen Phasen des Kampfes eingehender zu erleben. Die Bewunderung des unerhört mutigen Einsatzes der PK-Männer sei auch bei dieser Wochenschau vielfach zum Ausdruck gekommen. Besonders gepackt worden seien die Besucher vor allem von dem Kampfszenen um den Olymp, da diese bereits in der Presse eine eingehende Würdigung erfahren hatten und nun im Bildbericht mit besonderem Verständnis aufgenommen wurde. Aber auch sämtliche übrigen Bilder, Beschiessung der griechischen Felsenfestungen, Vormarsch der Truppen in Jugoslawien, Zerstörung der serbischen Hauptstadt, sind mit besonderer Spannung verfolgt worden (Berlin, Danzig, Breslau, Oppeln u.a.).

Das Interesse für diese Wochenschau sei von vornherein besonders gross gewesen, da man einen Bildbericht von Geburtstag des Führers im Führerhauptquartier erwartet habe. Dieser Bildstreifen habe dann auch den Erwartungen voll entsprochen. Wie aus zahlreichen Berichten hervorgeht, habe die Bevölkerung jede Bewegung und auch jeden nur leise wahrnehmbare Gesichtsausdruck des Führers genau verfolgt und sich darüber ihre Gedanken gemacht. Die Aufnahmen hätten einwandfrei gezeigt, wie gut der Führer aussehe, und man habe aus seinem Gesichtsausdruck klar ablesen könne, wie zuversichtlich und siegesgewiss er sei. Mit gespannter Aufmerksamkeit habe man bei den Bildern von den Gesprächen des Führers mit seinen engeren Mitarbeitern jede Einzelheit verfolgt. Auch hier bedauerte man wieder, dass die Bildstreifen als Stummfilme gebracht werden mussten, sah jedoch ein, dass diese persönlichen Gespräche nicht im Tonfilm gebracht werden konnten (Berlin, Neustadt/Weinstrasse, Kattowitz, Oppeln u.a.). Besonders dankbar aufgenommen wurden die zahlreichen Grosseaufnahmen während der Unterhaltung des Führers mit seinen engsten Mitarbeitern.

Wo Sondervorführungen der Wochenschau zu ermässigten Preisen durchgeführt wurden, habe man dies in der Bevölkerung lebhaft begrüsst und weitgehend davon Gebrauch gemacht.

Auffallend hohe Ergebnisse der kirchlichen Sammlungen.

1.

Nach Abschluss des Kriegswinterhilfswerks 1940/41 ergibt sich auf Grund der zahlreich eingegangenen Berichte aus fast allen Teilen des Reiches der Tatbestand, daß im letzten Winter innerhalb des Kirchenvolkes die Spenden bei Kirchensammlungen, sogenannten Kollekten, für Opferstöcke und dergl. besonders

hoch gewesen sind und gegenüber den Sammelergebnissen der vorhergehenden Jahre sich in einem ständigen Steigen befinden. Insbesondere aus den ländlichen katholischen Gebieten, vor allem Bayerns und der Ostmark, wird gemeldet, daß zum Teil die Sammelergebnisse der Kirche die Sammelergebnisse des KWHW. vielfach übersteigen. Dazu einzelne Beispiele: Für Niederbayern wird gemeldet: „Allgemein werde festgestellt, daß die Sammlungen für die Kirchen höhere Beträge einbrachten als die Sammlungen für das KWHW.“ In Mammendorf hielt der katholische Pfarrer Bauer eine (verbotene) Sammlung für die Erneuerung der Kirche ab. Bei seinem Aufruf an die Pfarrgemeinde erhielt er noch am selben Tage 500 Mark und innerhalb der gleichen Woche weitere 2000 Mark, wobei bemerkenswert ist, daß seine Gemeinde kaum 1500 Gläubige umfaßt. Die Ergebnisse der KWHW.-Sammlungen im gleichen Bereich ergaben Gesamtbeträge von je 15 bis 18 Mark. (München)

In dem Dorf Godenroth/Hunsrück habe, so wird aus Koblenz gemeldet, die KWHW.-Sammlung ein beträchtlich geringeres Ergebnis erbracht als die jeweiligen Kirchenkollekte.

Einer Meldung aus Graz zufolge sammelte eine Katholikin in Grabersdorf, Kreis Feldbach, für die Erneuerung einer Meßkapelle einen Betrag von 190 Mark, womit auf den einzelnen Spender durchschnittlich 3 Mark entfielen. Derselbe Personenkreis brachte in der KWHW.-Sammlung desselben Monats 12 Mark, in der des vorhergehenden rund 18 Mark auf. Es wurde häufig festgestellt, daß Volksgenossen, welche für die Kirche Beträge von 30 bis 40 Mark spendeten, bei KWHW.-Sammlungen oft nur 20 oder 30 Pfennige entrichteten. (Salzburg.)

In einer Predigt ging der Pfarrer Gebul in St. Leonhard eingehend auf das Leben und Wirken der Missionare ein und versuchte, bei den Gläubigen das Mitgefühl für die „fern der Heimat“ tätigen Priester zu erwecken. Es konnte beobachtet werden, daß verhältnismäßig viel, darunter auch hohe Geldbeträge gespendet wurden. Die auf dem Lande nach der Messe übliche Sammlung des KWHW. konnte trotz starken Bemühens der Sammler nicht zu dem sonstigen Ergebnis führen. Viele Volksgenossen erklärten, sämtliches Kleingeld bereits in der Kirche gelassen zu haben. (Klagenfurt.)

Bauer, so lautet eine Meldung aus Salzburg, die für das Deutsche Rote Kreuz 20 bis 40 Pfennig gäben, hätten zu einer anlässlich einer Primizfeier vorgenommenen (unstatthaften) Sammlung hohe Beträge bis zu 100 Mark gespendet.

2.

Der Tatbestand, dass allgemein die Bereitschaft der Gläubigen, den Kirchen gerade in der Jetztzeit höhere und hohe Geldmittel zu spenden, besonders gross sei, wird aus Baden, Württemberg, Franken, der Pfalz, dem Rheinland, Niederbayern, Oberbayern, Kärnten und der Steiermark gemeldet.

In mehreren Gegenden des Gaus Baden könne von einer Verdoppelung der Kirchenspenden gesprochen werden. Im Dome zu Salzburg seien auf dem Sammelteller, der von einem Kirchendiener herumgetragen wurde, 4 Banknoten zu 10 Mark, eine beträchtliche Menge Fünfmärkstücke und sonst durchwegs Zwei- und Einmärkstücke bzw. –Scheine festgestellt worden.

Der Pfarrer von Bonndorf gab in einem Rundschreiben seinen Pfarrangehörigen bekannt, daß der Opfersinn der Gemeinde zur Zeit bei Kirchensammlungen als außerordentlich groß zu bezeichnen sei, daß zum Teil bis zum dreifachen des früheren Betrages gespendet werde. „Gewiss ein Zeichen der guten Gesinnung und der treuen Verbundenheit mit allen Interessen und Aufgaben des Pfarrlebens, die durch den Klingelbeutel sichergestellt werden.“ (Karlsruhe.)

3.

Den Meldungen zufolge werden diese hohen Sammelergebnisse durch eine sehr geschickte Propaganda- und Werbearbeit des Klerus erzielt.

Ein katholischer Geistlicher im Saarland ermahnte in seinen Predigten das Kirchenvolk, Gott für die Bewahrung vor den Schrecken des Krieges zu danken und ihr Opfer danach einzurichten. Er wünsche, daß sich dies bei der Kollekte bemerkbar mache. (Neustadt/Weinstrasse.)

Ein Pfarrer Deilmann in Bindinghausen empfahl anlässlich der Propagierung einer Kollekte für die Erneuerung der Orgel den Gläubigen, sie möchten ihr Geld beim lieben Gott auf das Konto bringen, denn dort sei es besser aufgehoben als hier auf der Bank. Das Erdenleben sei doch nur von kurzer Dauer und da sei es besser und ratsamer, dass jeder sich ein gutes, ja sehr gutes Konto beim lieben Gott anlege. (Die Kollekte hatte auch tatsächlich das unverhältnismäßig hohe Einkommen von 5000 Mark.) (Münster)

Im Amtsblatt der evangelischen Landeskirche in Württemberg wurde in einem Erlass des Oberkirchenrates für ein Kirchenopfer geworben. Darin ist folgender Satz bemerkenswert: „Der Ertrag des Opfers soll in erster Linie den Einrichtungen zugute kommen, die wie das Deutsche Rote Kreuz die Angehörigen der Wehrmacht betreuen.“ Der Sperrdruck sollte zweifelsohne die Meinung erwecken, daß die Sammlung zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes stattfände, in Wirklichkeit handelte es sich um Beschaffung religiösen Schrifttums, das auf dem Wege über die Wehrmachtsseelsorge Verwundeten zugeleitet werden sollte. (Stuttgart.)

Vielfach wird in den Meldungen betont, daß diese hohen Spenden vor allem als eine politische Demonstration der Kirchgänger zu gelten hätten, die damit dokumentieren wollten, „daß sie sich beim Kampf um die Kirche auf seiten der Kirche stellen.“

Volkstum und Volksgesundheit.

Zur Lage der Volksdeutschen in den von ungarischen Truppen besetzten Gebieten der Batschka und Baranja.

In den von ungarischen Truppen besetzten Gebieten Jugoslawiens leben etwa rund 300 000 Volksdeutsche, die bisher zum größten Teil im Schwäbisch-Deutschen Kulturbund organisatorisch erfasst waren. Nach der raschen Niederlage Jugoslawiens übernahmen die Volksdeutschen der Batschka und Baranja allmählich in Stadt und Land die Polizeigewalt und organisierten ihre Bürgerwehr. Diese entwaffnete etwa 90 000 aus den Grenzgebieten zurückströmende serbische Soldaten und schützte oftmals in tapferen Kämpfen Gut und Leben der Volksdeutschen gegenüber den Cetniki. Auf diese Weise konnte die Ordnung im

gesamten volksdeutschen Siedlungsgebiet aufrecht erhalten und das volksdeutsche Vermögen sichergestellt werden. Umso unverständlicher, so wird gemeldet, sei das Verhalten der erst später einmarschierenden ungarischen Truppen diesen Volksdeutschen gegenüber, die die Volksdeutschen teilweise als Feinde Ungarns betrachtet und behandelt hätten. Darüber hinaus versuche man schon jetzt, die Volksdeutschen dieser Gebiete mit den gleichen Methoden zu unterdrücken und zu drangsalieren wie in Ungarn selbst, worüber in den Meldungen aus dem Reich schon des öfteren laufend berichtet wurde.

Da die Volksdeutschen mit einer deutschen Besetzung ihres Siedlungsgebietes gerechnet hatten, habe man überall die Straßen mit Hakenkreuzfahnen und Führerbildern geschmückt. Nach dem Einmarsch der ungarischen Truppen habe sich nun der ungarischen Pöbel mit den Serben freundschaftlich zusammengeschlossen und sei gemeinsam gegen die Volksdeutschen vorgegangen. Überall habe man die Hakenkreuzfahnen heruntergerissen und Flüche gegen das Deutschtum ausgestoßen. Das ungarische Militär habe diesem Treiben nicht nur zugesehen, sondern es sogar weitgehend unterstützt.

So rissen am 15.4. im Dorf Veprovac die ungarische Zivilbevölkerung und das ungarische Militär unter Anführung eines Offiziers die Hakenkreuzflaggen von den Häusern, zerschlugen die Fensterscheiben und terrorisierten auf das schimpflichste die deutsche Bevölkerung. Den Protest des Abgeordneten Hamm am 16.4. beim Platzkommandanten in Neusatz, in Veprovac einzuschreiten, nahm dieser nicht zur Kenntnis.

Der in Apatin eingesetzte ungarische Gendarmerie-Major erklärte, der Gruß Heil Hitler werde von nun an nicht mehr geduldet, das Tragen von deutschen Hoheitszeichen, Hakenkreuzbinden und -Abzeichen, das Ausstecken von Hakenkreuzfahnen, Führerbildern usw. werde verboten.

Die Madjarisierungsbestrebung durch die Militärverwaltung hätte überall gleichzeitig eingesetzt. Die allgemeine Tendenz der Madjaren gehe dabei dahin, daß die besetzten Gebiete alter ungarischer Boden seien, die mit Blut zurückerobert wurden und daher voll und ganz schon jetzt unter madjarischem Einfluß ständen. Die Wünsche der Volksdeutschen fänden naturgemäß dabei keine Berücksichtigung mehr.

So hätten z.B. die Volksdeutschen in Neusatz wie alljährlich eine Führergeburtstagsfeier abhalten wollen. Der ungarische General Verress habe dies jedoch nur zulassen wollen, wenn am Anfang die ungarische Nationalhymne gesungen werde. Als ihm entgegnet wurde, daß niemand von den Volksdeutschen dies könne, hätte er erklärt, daß dann auch nicht die deutschen Hymnen gesungen werden dürften. Außerdem habe er verlangt, daß im Saale ebensoviele ungarische wie deutsche Fahnen zu hissen seien. Die Volksgruppenführung hätte daraufhin von der Abhaltung der Geburtstagsfeier abgesehen. In Miletis hätten am Geburtstag des Führers 25 Volksdeutsche auf Befehl des Majors Nemethy einen Drahtverhau abräumen müssen. Auf die Bitte des Ortsleiter, der Major möge die Leute wenigstens für die Dauer der Geburtstagsfeier freilassen, habe man ihm geantwortet „diese Arbeit ist wichtiger“.

Ungeachtet der zahlenmäßigen Mehrheit der Volksdeutschen in den deutschen Gemeinden habe der ungarische Militärbefehlshaber madjarische Ortsvorsteher ernannt, so z.B. auch in Neuwerbas und Altwerbas mit über 80% Deutschen. Hinzu käme die Einsetzung madjarischer Oberstuhlrichter, Notare und Beamter, durch die die Volksdeutschen, die die Stellen bisher bekleidet hätten, brotlos gemacht worden seien. Auch in Batschka-Palanka hätten die madjarischen Behörden beim Besetzen von Stellen die volksdeutsche Gruppe nicht herangezogen. Hier werde die madjarische Sprache verlangt und wer sie nicht könne, werde einfach abgelehnt. Die Madjaren zögen Madjaronen und sonstige deutschfeindliche Elemente als Berater heran. So habe z.B. in Batschka-Palanka ein Madjarone beim Einzug des ungarischen Militärs eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß das Madjarentum 20 Jahre lang großen Entbehrungen ausgesetzt gewesen sei, daß jedoch die serbischen Brüder human gewesen seien und sie gegen die Deutschen geschützt hätten. Daraufhin sei dieser deutschfeindliche Renegat als Berater von der ungarischen Militärverwaltung herangezogen worden. In der rein deutschen Gemeinde Kernai in der Batschka habe ein ungarischer Oberst, der die dortige ungarische Militärverwaltung übernommen habe, eine Begrüßungsrede an die deutschen Bürger gehalten, in der er zunächst die Befreiung der teuren ungarischen Erde mit Gottes Hilfe durch die ungarischen Truppen feierte. Nachdem er den Befehl zum Hissen der ungarischen Fahne gegeben hatte, setzte er den neuen Gemeindevorstand ein und ernannte hierzu ausschließlich Madjaronen und solche Leute, die sich bisher als Gegner der volksdeutschen Bewegung betätigten. Bei der Verlesung der Namen durch den Oberst brach die versammelte Menge in stürmische Protestkundgebungen aus, es erschollen Sprechchöre, wie „Wir wollen keine Verräter“. Erst daraufhin habe der ungarische Oberst sich bereit erklärt, mit den Volksdeutschen zu verhandeln.

Gelegentlich einer Militärparade am 20.4. hielt der ungarische Oberleutnant Klug in Miletis eine Ansprache, in der er u.a. sagte: „Den Menschen macht seine Umgebung zu dem, was er ist, das Land, auf dem er wohnt, das Klima und die Verhältnisse, in denen er lebt.“ Wenn wir – so führte er aus – eine gewisse Zeit in Afrika zwischen den Wilden wohnen würden, so würden wir mit der Zeit alle Eigenschaften der Neger annehmen und zuletzt Neger werden. Ebenso ist es mit den hier lebenden anderssprachigen Völkern, wie z.B. den Deutschen usw. Alle diese Völker, welche Sprache sie immer sprechen, sind heute Madjaren.

Als die Batschkaer Zeitung in einem Artikel auf die unhaltbare Lage hinwies, daß sämtliche Dienststellen mit madjarischen Beamten besetzt seien und nur in madjarischer Sprache verkehrt werden solle, wurde nicht nur die beanstandete Ausgabe, sondern die Zeitung überhaupt verboten, obwohl sie seit Jahrzehnten das führende Blatt der Batschkaer Deutschen darstellt. Seit dem 20.4. erscheine dafür das bekannte ungarische Blatt „Hirlap“, das am 23.4.41 die Madjarisierungsbestrebungen in einem Artikel mit dem Titel „Madjarisiere Deinen Namen“ förderte. Darin heisst es u.a., dass der überschwänglichen Freude über die Befreiung durch die Madjaren dadurch Ausdruck verliehen werden könne, wenn man einen ungarischen Namen annehme. Wer bisher sein Herz der ungarischen Heimat gab, nehme nun auch der ungarischen Heimat Dank: Den ungarischen Namen. Der ungarische Name sei von geschichtlicher und rassischer Grösse, sei ein Schild, der für Jahrhunderte die Familie, die Stadt, das Land und den Staatskörper bezeichne.

„Nehmt darum ungarische Familienamen, weil Ihr Euch dafür würdig gezeigt habt, weil der ungarische Name zu Euch passt.“

Eine kurze Antwort auf diesen Artikel in dem „Deutschen Volksblatt“ wurde vom madjarischen Zensor gestrichen.

In ähnlicher Weise würde die Madjarisierung des volksdeutschen Schulwesens durchgeführt.

So teilte der aus Ödenburg nach Neusatz versetzte madjaronische Schulrat Jung den gesamten Lehrkräften der Stadt Neusatz folgenden amtlichen Auftrag mit:

„Sie haben die Schul- und Klassenbücher abzuschliessen und von nun ab alles madjarisch zu führen. Schulleiter kann nur ein Madjare sein. Der Unterricht in der madjarischen Sprache beginnt in der 1. Klasse. Die Lehrer müssen alle madjarisch sprechen, wer die Sprache nicht beherrscht, kann nicht im Dienst bleiben.“

Auf den Einwand eines volksdeutschen Lehrers, dass man in diesem Gebiet in den deutschen Schulen mit jungen Absolventen rechnen müsse, die die madjarische Sprache nicht beherrschten, erkläre Schulrat Jung, dass diese für eine weitere Beschäftigung nicht in Frage kämen, denn in Ungarn seien nur madjarische Schulen zugelassen und darin könnten nur Lehrer unterrichten, die die madjaische Sprache beherrschten. Die Batschka würde dem Schulinspektorat in Fünfkirchen unterstellt.

Die Meldungen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das gesamte blühende volksdeutsche Schulwesen in Bälde durch diese und ähnliche Anordnungen vernichtet werde. Die ersten Schullehrentlassungen seien bereits durchgeführt worden. So habe z.B. der Schuldirektor der staatlichen Schule in Koluth dem volksdeutschen Lehrer Adalbert Komaj folgende Mitteilung zukommen lassen

„Auf Grund der Entscheidung des Beauftragten der Zomborer madjarischen Militärbehörde für die Erziehungsfragen hat man Sie als Lehrer in Koluth nicht übernommen. Somit haben Sie Ihre Tätigkeit mit dem heutigen Tage einzustellen.“

Gez. Georg Sentivani
Staatlicher Schuldirektor.“

Auch den volksdeutschen Eltern, die ihre Kinder in die deutschen Schulen anmelden wollten ergehe es ähnlich.

So habe z.B. Frau Johanna Anrein ihre Kinder in die deutsche Schule einschreiben lassen wollen. Der neuernannte ungarische Schuldirektor in Betzdan, Paul Frank, habe ihr darauf am 20.4.41 erklärt:

„Es gibt keine deutsche Schule. Wer in die deutsche Schule gehen will, soll zu Hitler gehen, denn hier ist Ungarn.“

Aus dem von ungarischen Truppen besetzten Übermurgebiet werden ähnliche Fälle gemeldet.

Mit besonderer Empörung hätten die Volksdeutschen die überall zur Verteilung gekommenen madjarischen Werbeplakate in deutscher Sprache aufgenommen mit dem Spruch:

„Die Tränen versiegen, vorbei ist der Schmerz.
Kommt! Ungarn drückt Euch alle ans Herz!“

Die Volksdeutschen der von Ungarn besetzten Gebiete befürchten auf Grund ihrer bisherigen Behandlung durch die ungarische Militärverwaltung, dass ihnen in Zukunft ihre Kultur- und Wirtschaftseinrichtungen ähnlich wie im Sathmarer Gebiet und entgegen dem Wiener Volksgruppenabkommen genommen werden. Dies würde für das deutsche Volksvermögen in der Baranja und Batschka einen schweren Verlust bedeuten. Die Volksdeutschen hoffen daher auf eine entsprechende Unterstützung des Reiches, die ihnen den Bestand ihrer Organisationen und ihre bisherigen Entfaltungsmöglichkeiten in der früheren Form zusichert.

Volksgesundheit:

Geistliche als Heilpraktiker.

Wie hier gemeldet wird, sollen in verschiedenen Orten Bayerns vereinzelt Geistliche neben ihrer seelsorgerischen Tätigkeit auch eine Heilpraxis ausüben. Sie haben den Berichten zufolge durchweg aussergewöhnlich guten Zulauf. Von einem dieser Heilpraktiker wurde bekannt, dass er täglich 100-150 Kranke behandle. Die Bevölkerung hänge nahezu mit Aberglauben an ihren wundertätigen Pfarrern, die Lahme gehend und Taube hörend machen und hierfür „freiwillige“ Spenden von angeblich durchschnittlich etwa RM 1.- entgegennehmen.

Nach der ersten Durchführungsverordnung zum Heilpraktikergesetz vom 18.2.1939 – RGB1.I S. 259 - § 2 Abs. 1 h wird die Erlaubnis zur berufsmässigen Ausübung der Heilkunde nicht erteilt, wenn die Heilkunde neben einem anderen Berufe ausgeübt wird.

Es sei nun festgestellt worden, so wird geäussert, dass die Pfarrer versuchen, die Bestimmungen des Heilpraktikergesetzes in der Weise zu umgehen, dass sie sich von ihren seelsorgerischen Verpflichtungen entbinden lassen.

Es ist aber eine grundsätzliche Frage, ob auf diese Weise überhaupt die Bestimmungen des Heilpraktikergesetzes erfüllt sind, denn trotz der Niederlegung der seelsorgerischen Tätigkeit belieben diese Pfarrer weiterhin katholische Geistliche und können die allein einem katholischen Geistlichen vorbehaltenen Funktionen, wie z.B. Messelesen, ausüben, solange sie nicht ausdrücklich hiervon vom Papst entbunden wurden. Eine Entbindung durch den Papst sei aber noch keinem dieser Pfarrer angestrebt worden.

Anträge derartiger Pfarrer auf Erteilung der Erlaubnis zur berufsmässigen Ausübung der Heilkunde seien zunächst von den unteren Verwaltungsbehörden abgelehnt worden. Die von den Pfarrern hiergegen erhobene Beschwerde hat zunächst aufschiebende Wirkung. Über die Beschwerde entscheidet der Regierungspräsident nach Anhören der Gutachterausschüsse. Wegen Nichteinberufung der

Gutachterausschüsse ist bisher noch keine Entscheidung getroffen worden. Da aber das Heilpraktikergesetz auf Grund des Runderlasses vom 20.9.40 Fortgang zu geben ist und die Gutachterausschüsse nunmehr in dringenden Fällen einberufen werden, sei die Entscheidung über die Zulassung von Pfarrern zur Ausübung der Heilkunde vordringlich.

Da die heilkundeausübenden Pfarrer bei ihren Patienten noch als katholische Geistliche gelten, solange sie die Messe lesen, kann sich bei den Kranken leicht die Meinung bilden, dass die Pfarrer für ihre Gesundheit beten und dass diese Geistlichen, die sich der Kranken annehmen, diesen eher Heilung als andere Heilpraktiker und Ärzte bringen. Auf diese Weise geniessen sie im Wettbewerb mit anderen Heilpraktikern, die eine Handlung wie Messesehen nicht in Szene setzen können, nicht nur einen ungerechtfertigten Vorteil, sondern sie sind auch in der Lage, einen erheblichen weltanschaulichen Einfluss auf einen grossen Krankenreis auszuüben. Es besteht daher die Gefahr, dass das Heilpraktikergesetz dazu missbraucht wird, katholischen Pfarrern für die katholische Aktion eine noch über ihr kirchliches Amt hinausgehende Einflussmöglichkeit zu verschaffen.

Es wird angeregt, eine weitere Zulassung zur Ausübung der Heiltätigkeit durch Geistliche zu unterbinden.

IV. Verwaltung und Recht.

Zur Frage des Anwaltszwangs bei Vergleichsabschlüssen vor dem Landgericht oder dem Oberlandesgericht.

Zur Zeit können im Geltungsbereich der ZPO. Vergleiche vor dem Landgericht und dem Oberlandesgericht nur dann mit der Wirkung der Vollstreckbarkeit abgeschlossen werden, wenn beide Parteien durch Anwälte vertreten sind. Diesem Mangel konnte bis zum Ausbruch des Krieges dadurch abgeholfen werden, dass in Fällen, in denen der Abschluss eines Vergleiches vor dem Landgericht wünschenswert war, die Vorsitzende die Sache sofort an den Beisitzer als beauftragten Richter verwies, vor dem dann ohne Anwaltszwang der Vergleich mit der Wirkung der Vollstreckbarkeit geschlossen werden konnte (§ 78 ZPO.). Bei der Besetzung der landgerichtlichen Kammern mit nur einem Richter ist dieses Verfahren ausgeschlossen, da der Vorsitzende die Sache nicht an sich selbst als beauftragten Richter verweisen kann. Es kann daher jetzt ein vollstreckbarer Vergleich vor dem Landgericht nicht mehr geschlossen werden.

Von den Rechtssuchenden wird das nach Meldungen als Mangel empfunden. So kann sich z.B. im Armenrechtsverfahren die Möglichkeit eines Vergleiches bieten. Es kann ferner der Beklagte, der im Termin persönlich, aber ohne Anwalt erscheint, einen Ratenvergleich schliessen wollen. Es wird deshalb in Meldungen vorgeschlagen, dem § 78 ZPO. folgenden Absatz hinzuzufügen:

Auch wenn eine oder beide Parteien nicht durch einen Anwalt vertreten sind, kann vor dem Landgericht und Gerichten höherer Instanz ein gerichtlicher Vergleich abgeschlossen werden.

Gerüchte über eine bevorstehende Neuregelung des Erbrechts.

Mehrere Meldungen aus letzter Zeit (u.a. München, Stuttgart, Köln) beschäftigen sich mit haltlosen Gerüchten über eine angeblich bevorstehende Neuregelung des Erbrechts. Diese Gerüchte, die inhaltlich übereinstimmend in ganz verschiedenen Gegenden und Bevölkerungskreisen im Umlauf sind, rufen nach den Meldungen in der Bevölkerung erhebliche Beunruhigung hervor.

Im einzelnen besagen die Gerüchte, es sei beabsichtigt, jeweils nur ein Viertel der Erbschaft an je ein Kind auszuzahlen. Das restliche Vermögen solle dem Staat zufallen. Bei dem Vorhandensein von zwei Kindern sollten diese also nur je ein Viertel erben, die andere Hälfte der Erbmasse jedoch dem Staat zustehen. Auch sollten Schenkungen kinderloser Erblasser an Familienangehörige unterbunden werden. Soweit derartige Schenkungen testamentarisch bereits verfügt worden seien, sollten sie durch eine sehr hohe Besteuerung praktisch hinfällig gemacht werden. In den Meldungen wird im Hinblick auf die Haltlosigkeit dieser Gerüchte angeregt, aufklärend auf die Bevölkerung einzuwirken und deren Befürchtungen zu zerstreuen.

V. Wirtschaft.

Meldungen über Verknappung an Landmaschinen, Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen und landwirtschaftliche Geräte.

Wie aus verschiedenen Teilen des Reiches so u.a. aus Breslau, Dresden, Würzburg, Königsberg, Koblenz, Kiel gemeldet wird, wird die Lage auf dem Landmaschinenmarkt als sehr ernst bezeichnet, da weder neue Maschinen zum Verkauf vorhanden sind noch irgendwelche Reparaturteile verabfolgt werden können. Wenn die Landwirtschaft sich bisher der durch den Krieg hervorgerufenen Lage angepasst habe, so sei man sich jetzt in weiten Kreisen drüber im klaren, dass die Entwicklung so nicht weitergehen könne, ohne dass ernste Auswirkungen hinsichtlich der Produktion zu befürchten seien. Nicht nur die Intensiveierung der landwirtschaftlichen Betriebe hat einen erhöhten Bedarf an Landmaschinen zur Folge, vielmehr ist der einzelne Betriebsführer durch die anhaltende Verkappung an Arbeitskräften mehr denn je darauf angewiesen, die vorhandenen Maschinen verwendungsfähig zu halten. Hinzu kommen, dass die vorhandenen Maschinen durch stärkere Inanspruchnahme sowie durch die Bedienung ungelernete Arbeitskräfte besonders gelitten hätten.

Die wenigen noch vorhandenen Reparaturwerkstätten seien ausserdem oftmals nicht in der Lage, reparaturbedürftige Maschinen instand zu setzen. Durch die infolge des Facharbeitermangels länger dauernde Reparaturzeit kommen die Maschinen vielfach für die Bestellungsarbeiten nicht rechtzeitig zum Einsatz, sodass dadurch eine Verzögerung der Feldbestellung eintritt. Wie weiterhin aus Fachkreisen verlautet, sollen die Hauptlieferfirmen mitgeteilt haben, dass ihr Bestand sowie bereits die laufende Produktion bis einschl. 1942 ausverkauft seien.

Besonders von kleinbäuerlicher Seite wird sehr stark über den Mangel an landwirtschaftlichen Geräten geklagt. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass

die Geräte, die aufgrund der Anordnung der Wirtschaftsgruppe Werkstoffverfeinerung und verwandte Industrien sowie der Fachgruppe Eisenwarenhandel zur weiteren Herstellung vorgesehen seien, nach Ansicht der Bauern sowie der Vertreter der einschlägigen Industrie teilweise veraltet seien. Stärkere Einschränkungen sind besonders in der Gruppe neuzeitlicher Gartengeräte vorgenommen worden, die für die Landwirtschaft z.T. überhaupt nicht mehr hergestellt werden dürfen. In den Meldungen wird betont, dass dabei nicht beachtet worden sei, dass gerade diese Geräte in der Regel stärker in der Landwirtschaft insbesondere im Hackfruchtbau benutzt wurden. Im einzelnen werden in den Berichten folgende Einschränkungen angeführt:

1. Handkultivatoren.

Die Herstellung ist auf drei- und fünfzinkige Geräte beschränkt worden. Einzinkige Kultivatoren, die im Flachsbaugrosse Verbreitung zum Bodenlockern gefunden haben, dürfen nicht mehr angefertigt werden.

2. Ziehhacken.

Diese dürfen nur noch in einfacher Form in 10-14 cm Arbeitsbreite hergestellt werden. Die im Gartenbau gebräuchlichen Doppelziehhacken fallen unter das Lieferungsverbot. Schmale Ziehhacken zur Bearbeitung von Flachs und Zwiebeln dürfen von der Industrie nicht mehr in den Handel gebracht werden.

3. Rübenköpfer.

Diese dürfen nur in 18 cm Arbeitsbreite geliefert werden. Hier geht die Anordnung soweit, dass das vom Reichsnährstand herausgebrachte Reichseinheitsmodell mit einer Arbeitsbreite von 17 cm unter das Herstellungsverbot fällt.

Ausserdem seien noch die folgenden für den Gartenbau wichtigen Geräte in der Anordnung über weiter herzustellenden Geräte nicht mehr enthalten: Handbodenfräsen, Reihenzieher, Sämaschinen für Handarbeit (das Fehlen dieser letzteren Maschine würde nach Äusserungen aus Fachkreisen den Saatgutbedarf um mindestens 1/3 erhöhen).

Weiterhin würden für die Landwirtschaft folgende neuzeitliche Geräte nicht mehr geliefert werden:

a) Rübenkrehlen (wichtigstes Gerät zum Vereinzeln und Verhacken der Futter- und Zuckerrüben).

b) Rübenhacken (Bügelzughacke und sonstige Ziehhacken).

Das Verbot der Herstellung dieser Geräte sei bei den Bauern und bei der fortschrittlich eingestellten Geräteherstellungsindustrie allgemein sehr bedauert worden. Es würde auch sehr oft darauf hingewiesen, dass die durchgeführten und kontrollierten Hackversuche eindeutig ergeben hätten, dass diese 2/3 des bisherigen Arbeitsaufwandes ersparen.

Eine neue Festsetzung der Liste der Geräte, die auch während des Krieges weiter hergestellt werden dürfen, wird den Meldungen zufolge in Kreisen der Landwirtschaft dringend erforderlich gehalten.

Meldungen über die Änderung der Ladenschlusszeiten

Trotz der fortschreitenden Jahreszeit seien – den Meldungen zufolge – in Handelskreisen der Provinz und der ländlichen Gebiete Bestrebungen zu beobachten, die Ladenschlusszeit von 19 auf 18 Uhr vorzulegen. Diese Forderung werde einmal damit begründet, dass die Einzelhandelbetriebe insbesondere Kauf- und Warenhäuser mit dem noch verbliebenen restlichen Teil der Gefolgschaft die lange Verkaufszeit nicht mehr durchzuhalten in der Lage seien und zum anderen im Hinblick auf die ständig schrumpfenden Warenlager (Spinnstoff u. Lederwaren, Eisenwaren, Haushaltsartikel usw.) die Notwendigkeit der Offenhaltung der Geschäfte von 9-18 Uhr nicht als erforderlich ansehen würden. Demgegenüber besagen Meldungen aus Gebieten, in denen bereits die Ladenschlusszeit auf 18 Uhr oder 18,30 Uhr festgesetzt ist, dass hierüber nicht nur in den Städten, sondern in den ländlichen Industriebezirken bei der arbeitenden Bevölkerung eine starke Unzufriedenheit herrsche. Da die Werktätigen meist bis 17 Uhr, mitunter sogar bis 18 Uhr und länger arbeiten würden und dann noch vielfach eine weite Wegstrecke bis zu ihrer Wohnung zurückzulegen hätten, besäßen sie kaum noch die Möglichkeit, notwendige Einkäufe zu tätigen. Es würde deshalb – den Meldungen zufolge – für dringend notwendig erachtet, für alle Einzelhandelsgeschäfte den 19 Uhr-Ladenschluss evtl. durch Verkürzung der Verkaufszeit in den Morgenstunden (ausgenommen die Lebensmittelgeschäfte) wieder einzuführen bzw. beizubehalten.

In diesem Zusammenhang würden aus den Kreisen der werktätigen Frauen immer wieder Klagen laut, dass sie insbesondere in den Lebensmittelgeschäften oft sehr lange auf Abfertigung warten müssten, da andere Hausfrauen in den letzten Abendstunden vielfach umfangreiche Einkäufe vornehmen würden. Hinzu komme, dass der verminderte Personalbestand in den Geschäften ohnehin eine längere Abfertigungszeit verursache. In den betroffenen Bevölkerungskreisen werde deshalb der Wunsch geäußert, die Volksgenossen durch Rundfunk oder Presse von Zeit zu Zeit darüber aufzuklären, dass sie bei der Wahl ihrer Einkaufszeit auf die Interessen der werktätigen Hausfrauen, die oft noch eine grössere Familie zu versorgen hätten, mehr Rücksicht nehmen müssten.

Zur Preisregelung für Damenhüte

Wie in den hierzu vorliegenden Meldungen zum Ausdruck gebracht wird, ist die im Laufe des März in Aussicht gestellte Preisregelung für Damenhüte seinerzeit von der Bevölkerung lebhaft begrüßt worden. Nachdem nun aber der Inhalt der Anordnung vom 7.4.41 allgemein bekannt geworden sei, werde diese – verschiedenen Meldungen zufolge – sehr kritisch besprochen. So z.B. berichtet Weimar, dass seitens der Bevölkerung diese Preissenkung überhaupt nicht verstanden würde. Die Herabsetzung der Preise von RM 15.- aufwärts habe, nach einer Meldung aus Dresden, Kreise der Erwerbstätigen die Frage aufwerfen lassen, „was man sich eigentlich am grünen Tisch vorstelle, welchen Geldbetrag eine Arbeiterfrau für einen Hut aufzuwenden in der Lage sei“. Von diesen Volksgenossen könnten bestenfalls hierfür 6-8 RM ausgegeben werden. Gerade auch diese billigere Ausführungen hätten durchweg eine Preissteigerung von 30-100 % gegenüber der Vorkriegszeit erfahren. Die Preissenkung würde somit nur die sog. „besseren Dame“ zugute kommen, während die Arbeiterin und die kleine Angestellte weiterhin die vollen Preise zahlen müsse. Des weiteren sei geäußert worden, dass es angebracht

erscheine, erst einmal die Preise für andere Artikel des täglichen Gebrauchs herabzusetzen als ausgerechnet für Luxushüte. (Berlin). Ferner wird in der Meldung aus der Reichshauptstadt auf die durch die Preisherabsetzung in den Grenzfällen sich ergebenden Differenzen hingewiesen. So z.B. würde ein Damenhut zu RM 14.90 seinen bisherigen Preis behalten, während aber ein solcher zu RM 15.10 auf RM 13,59 ermässigt werden müsse. Noch krasser liege der Fall an der 30.- RM Grenze. Ein Hut zu 29,80 RM würde um 10% auf RM 26,80 dagegen, falls der Preis nur um Pfennige höher liege, also z.B. von 30,50 RM um 20 % auf RM 24.40 ermässigt. Seitens der Bevölkerung werde diese Art der Preissenkung „als unlogisch“ bezeichnet. Man stehe auf dem Standpunkt, dass es richtig wäre, nach Feststellung der Materialkosten und des Arbeitslohnes eine den Kriegsverhältnissen entsprechende Verdienstspanne festzusetzen.

Meldungen über „Vermietung“ von Arbeitskräften.

Aus Düsseldorf und Dortmund wird im Zusammenhang mit Beobachtungen über die Auswirkungen des Arbeitskräftemangels berichtet, dass auch heute noch Arbeitskräfte von bestimmten Firmen an andere Firmen „ausgeliehen“ werden. Hieran seien vor allen Dingen Baufirmen beteiligt. Unternehmer, die einen sogenannten Stamm von Arbeitern besitzen und durch irgendwelchen Umstände vorübergehend keine Beschäftigung für ihre Arbeiter haben, „vermieten“ diese an andere Unternehmer, welche ihren Arbeitskräftebedarf auf eine andere Weise nicht decken können.

So wird gemeldet, dass eine Eifeler Baufirma ihre Stamarbeiter an eine Rüstungsunternehmen in Essen „vermietet“ habe, welches für die Ausleihung der Arbeitskräfte die Löhne und einen Aufschlag von 40 % auf den Arbeitslohn bezahle. Eine andere Düsseldorfer Baufirma habe Kriegsgefangene zu einem Stundenlohn von R Pf. 70 einer Suppenwürfelfabrik zur Verfügung gestellt, ohne dass erkenntlich sei, worauf sich die Höhe dieser Lohnforderung stütze. In einem dritten Fall seien von einem Tief- und Eisenbahngeschäft in Hamm an eine Baufirma, welche zur Zeit auf die Zeche Heinrich-Robert in Pelkum beschäftigt ist, 16 Kriegsgefangene zur Arbeitsleistung abgegeben worden, wofür die abgebende Firma an das Stalag pro Arbeitsstunde R Pf. 33 bezahle, während sie andererseits von der aufnehmenden Baufirma R Pf. 65 pro Arbeitsstunde erhalte. Ferner ist aus Lippstadt bekannt geworden, dass ein Unternehmer einem anderen Unternehmer mit 8 gefangenen Franzosen für dringliche Sonntagarbeit aushelfen habe, wofür der ausleihende Firma RM 50.- vergütet worden sein sollen. (In allen Fällen sind notwendige Schritte bereits eingeleitet bzw. nähere Ermittlungen noch im Gange).

In Wirtschaft- und Bevölkerungskreisen habe man durchaus dafür Verständnis, dass Unternehmungen kurzfristig ihre Arbeitskräfte austauschen, ohne die Arbeitsverwaltung zu belasten. Dagegen würde es nicht verstanden, dass eine derartige gewinnbringende Überlassung von Arbeitskräften heute noch möglich sei und insbesondere dass mit Bezug auf diese Geschäfte amtliche Entscheidungen gefällt werden, die evtl. zu Missverständnissen Anlass geben könnten, wie etwa das Urteil des Reichsfinanzofens vom 24.1.1941 (RStBl. 1941 S. 133), in welchen es heisst:

„Vereinbaren zwei Unternehmer, dass der eine seine bei ihm im Arbeitsvertrag verbleibende Gefolgschaftsmitglieder zeitweise für das Unternehmen des anderen zur Verfügung stellt, wofür er von jenem deren Löhne erstattet und einen Zuschlag für Unkosten und Mühewaltung gezahlt erhält, so ist er umsatzsteuerpflichtig, auch mit dem auf die Erstattung der Löhne entfallenden Teil des Entgelts“.

Durch eine derartige Rechtssprechung entstünde der Eindruck, dass der deutsche schaffende Mensch als „Ware“ betrachtet wird.

Zur Beachtung: Im Bericht von 5.5.41. Berichtsnummer 183 ist Teil IV entfallen.